Stand: 18.12.2025 12:33:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16766

"Antisemitismus entschieden bekämpfen!"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16766 vom 09.05.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18678 des KI vom 19.10.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/18962 vom 09.11.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 115 vom 09.11.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.05.2017 Drucksache 17/16766

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag nimmt den Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung zur Kenntnis und bedauert, dass sich viele Menschen jüdischen Glaubens aufgrund alltäglicher antisemitischer Erfahrungen zunehmend um ihre Sicherheit sorgen müssen. Es ist eine Schande, dass auch in der deutschen Mehrheitsgesellschaft in erheblichem Umfang antisemitische Einstellungen in unterschiedlichen inhaltlichen Ausprägungen vorhanden sind, die auf verbreiteten Vorurteilen, tief verwurzelten Klischees bzw. auf schlichtem Unwissen über Juden und Judentum basieren. Er schließt sich der Forderung an, dass judenfeindliche Strömungen unter Extremisten oder in der gesellschaftlichen Mitte auf keinen Fall verharmlost werden dürfen. Der Landtag spricht sich angesichts der historischen Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland dafür aus, dass Antisemitismus auf allen Ebenen entschieden bekämpft werden muss und dass deshalb die Empfehlungen des Expertenkreises umgesetzt werden sollten. Insbesondere hält der Landtag es für erforderlich, dass in die Verfassungsschutzberichte von Bund und Ländern künftig ein Kapitel zum Antisemitismus in linksextremen und islamistischen Gruppen und Zirkeln nach dem Vorbild des jährlichen Berichtsteils zum Rechtsextremismus aufgenommen wird. Außerdem sollen die Polizeibehörden bei der Erfassung antisemitischer Straftatbestände ggf. die Kategorie "Ausländer" nach Staatsangehörigkeiten aufschlüsseln bzw. sonstige aussagekräftige Kategorien für Täter mit Migrationshintergrund einführen.

- 2. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert,
 - a) sich auf allen Ebenen für eine Umsetzung der Empfehlungen des Expertenkreises einzusetzen.
 - b) sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass antisemitische Einstellungen in den Integrationskursen zu einem zentralen Thema gemacht werden und ergänzend hierzu vorund nachbereitete begleitete Besuche einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums ermöglicht werden und
 - c) in allen weiterführenden Schularten mit Ausnahme der Förderschulen den verpflichtenden (vor- und nachbereiteten) Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums vorzusehen.

Begründung:

Dem kürzlich veröffentlichten Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung zufolge ist weiterhin das rechtsextremistische Lager Hauptträger von Antisemitismus. Doch auch unter den Linksextremen gibt es Positionen, die einen antisemitischen Diskurs befördern können. Neuer Träger von Antisemitismus ist inzwischen auch der Islamismus. Leider beläuft sich auch in der Bevölkerung der latente Antisemitismus auf etwa 20 Prozent, so dass seit 2007/2008 wieder ein Anstieg antisemitischer Einstellungen festzustellen ist. Diesem Trend muss unbedingt Einhalt geboten werden. Die Handlungsempfehlungen des Expertenkreises sollten deshalb umgesetzt werden. Darüber hinaus ist es unseres Erachtens erforderlich, dass dem Antisemitismus mit gezielter Bildungsarbeit entgegengewirkt wird. Viele Flüchtlinge kommen aus Staaten, in denen Judenhass und Israelfeindlichkeit vorherrschen. Die Herausforderung besteht nach Ansicht der Beauftragten der Bundesregierung für Flüchtlinge und Integration darin, Menschen deutsche Geschichte zu vermitteln, die wenig über den Holocaust wissen und von denen viele aus Ländern kommen, in denen Konflikte mit Israel zu pauschalen negativen Ansichten über Juden geführt haben. In den Kursen sollten deshalb künftig antisemitische Einstellungen zu einem zentralen Thema gemacht werden. Hierfür bieten sich unter anderem die Integrationskurse an, deren Ziel es ist, ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache zu

vermitteln und Alltagswissen sowie Kenntnisse der Rechtsordnung, der Kultur und der Geschichte Deutschlands, insbesondere auch der Werte des demokratischen Staatswesens der Bundesrepublik Deutschland und der Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung, Toleranz und Religionsfreiheit zu vermitteln (§ 43 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG, § 3 der Integrationskursverordnung – IntV). Der Besuch einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums wäre eine gute Ergänzung des Integrationskur-

ses, müsste aber ausreichend vor- und nachbereitet werden. Auch an allen weiterführenden Schularten sollte ein verpflichtender Besuch in einer Gedenkstätte für die Opfer des Nationalsozialismus oder eines NS-Dokumentationszentrums eingeführt werden. Derzeit ist lediglich an Gymnasien und Realschulen der verpflichtende Besuch vorgesehen. Bei den Förderschulen sollte es weiterhin bei einer Empfehlung bleiben. Deutschland muss seiner historischen Verantwortung nachkommen und gegen antisemitische Einstellungen gezielt und mit Nachdruck vorgehen.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/18678 19.10.2017

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/16766

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Eva Gottstein** Mitberichterstatter: Dr. Hans Reichhart

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen und der Ausschuss für Bildung und Kultus haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 74. Sitzung am 5. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bildung und Kultus hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 19. Oktober 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.11.2017 Drucksache 17/18962

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/16766, 17/18678

Antisemitismus entschieden bekämpfen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über eine Subsidiaritätsangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der

Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Bevor ich über die Liste abstimmen lasse, möchte ich Sie noch darauf hinweisen,dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen in seiner Sitzung am 7. November die unter der Nummer 1 aufgeführte Subsidiaritätsangelegenheit betreffend "Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" … und zur Aufhebung der Verordnung … Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik … Bundesratsdrucksache 680/17", beraten und empfohlen hat, auf die in der Drucksache 17/18826 aufgeführten Subsidiaritätsbedenken hinzuweisen und darauf hinzuwirken, dass diese Bedenken Eingang in den Beschluss des Bundesrats finden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion bzw. als fraktionsloser Abgeordneter mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Subsidiaritätsangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Ε ς	hec	-	ıtor	٠.

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Subsidiaritätsangelegenheit

 Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Karl Freller, Alex Dorow u.a. CSU Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Subsidiarität

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die "EU-Cybersicherheitsagentur" (ENISA) und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 526/2013 sowie über die Zertifizierung der Cybersicherheit von Informations- und Kommunikationstechnik ("Rechtsakt zur Cybersicherheit"), COM (2017) 477 final,

BR-Drs. 680/17

Drs. 17/18826, 17/18837 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	Α

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Antisemitismus entschieden bekämpfen! Drs. 17/16766, 17/18678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

3.	Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus Drs. 17/16970, 17/18674 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
4.	Antrag der Abgeordneten Karl Freller, Dr. Florian Herrmann, Prof. Dr. Gerhard Waschler u.a. CSU Maßnahmen der Staatsregierung zur Bekämpfung des Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens und jüdischer Kultur in Bayern Drs. 17/17487, 17/18679 (E) Votum des federführenden Ausschusses für					
	Kommunale Fragen, Ir		ροπ FREIE WÄHLER	GRÜ		
	CSU	SPD	_	_		
				Z		
5.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Antisemitismus entschlossen entgegentreten Drs. 17/17525, 17/18681 (A)					
	Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A	Z		Z		
6.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Lärmschutz an der A 6 im Stadtgebiet Ansbach Drs. 17/16135, 17/18794 (ENTH) Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie CSU SPD FREIE WÄHLER GRÜ ENTH					

Anlage 1
zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

7.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bodenschutz in Bayern: Erstellung eines Gewerbeflächenkatasters Drs. 17/16345, 17/18795 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		A		
8.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anhörung zur Schwimmfähigkeit in Bayern Drs. 17/17773, 17/18682 (A)				
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A				
9.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kindermord in Arnschwang: Sonderermittler einsetzen Drs. 17/17575, 17/18676 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A	A		
10.	 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Maßnahmen zur Verhinderung von Abrechnungsbetrug in der Pfle Drs. 17/17593, 17/18695 (E) 				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	

Anlage 1 zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

11.	Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Packungsbeilage für Arzneimittel in "Leichter Sprache" Drs. 17/17595, 17/18696 (E)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
12.	2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Tram-Nordtangente in München verwirklichen Drs. 17/17816, 17/18797 (A)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A		ENTH		
13.	Antrag der Abgeordne Joachim Unterländer u Stärkung der Betreuur Drs. 17/17860, 17/187	ı.a. CSU ngsvereine	Barbara Stamm,		
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
14.	Antrag der Abgeordne Weiterentwicklung des Gymnasium Würzburg Drs. 17/17862, 17/188	Studienzweigs Musik im Sinne der Begabte	am Matthias-Grünewa	ıld-	
	Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	

zur 115. Vollsitzung am 9. November 2017

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. und Fraktion (SPD)
 Geplante Reform der Integrationsberatung: Offene Fragen klären, Landtag miteinbeziehen, Fachgespräch zügig durchführen Drs. 17/18252, 17/18690 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Mangelverwaltung bei Lehrkräften endlich beenden! Drs. 17/17815, 17/18799 (E)

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z